Im Westen nichts Neues Friends of Israel

Die Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich bewiesen einmal mehr, dass es in Österreich niemals einen „antifaschistischen Grundkonsens“ (Glawischnigg) gab und sich der tatsächliche nationale Konsens gegen „Asylmissbrauch“ und halluzinierte Heimatfeinde richtet. Die politischen Unterschiede zwischen der FPÖ und ÖVP sind nur graduell und entsprechen keinesfalls einem grundsätzlichen Widerspruch in deren Auffassungen.

Nachdem der FPÖ-Kandidat in Vorarlberg, Dieter Egger, im Eifer des Wahlgefechts dazu überging, das antisemitische Ressentiment gewöhnlicher Österreicher offen herauszuposaunen, wiederholte sich zum x-ten Male in diesem Jahr die Inszenierung der Empörung: Nach außen wurde Antisemitismus und Rassismus der FPÖ gebrandmarkt, Widerstand und Zivilcourage gefordert. Faktisch lief jedoch alles darauf hinaus, eine *antifaschistische Fassade* im Interesse des Landes zu wahren. Es gibt in Österreich einen Konsens, *offene* Judenhetze nur unter vier Augen und hinter vorgehaltener Hand zu betreiben. Erlaubt ist der Antisemitismus jedoch in Form von Andeutungen, Umschreibungen, Hass auf Finanzspekulanten und Ressentiments gegen Israel. Als Egger gegen diese Sprachregelung verstieß, wurde die Fassade geglättet und damit gleichzeitig der braune Hinterhof unter Heimatschutz gestellt.

Die Naivität der Zivilgesellschaft und deren Weigerung, die faktische Kräftekonstellation zur Kenntnis zu nehmen, wurde offensichtlich, als Stimmen in Vorarlberg Protest gegen die antisemitischen Äußerungen Eggers anmeldeten. Nach Meinung des Schriftstellers Michael Köhlmeier war Egger nun „für alle Zeiten diskreditiert“. In einem Brief an die Justizministerin bezeichnete Köhlmeier absurderweise Egger als „Nestbeschmutzer“ und währte die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. (1) Die von der Stadtvertretung Hohenems verabschiedete *Hohenemser Erklärung gegen Antisemitismus* (2) bekundete im Namen der „Stadt Hohenems“ ihr „Entsetzen“ und ihre tiefe „Sorge“ über die „antisemitischen und rassistischen Äußerungen“. In der Stadt befindet sich jenes jüdische Museum, dessen Direktor von der FPÖ als „Exil-Jude aus Amerika“ attackiert wurde. Ansonsten wurde in der *Erklärung gegen Antisemitismus* die Kritik desselben ausgespart. Antisemitismus erscheint – dies ist symptomatisch für Linke und Zivilgesellschaft – wenn überhaupt, allein als abstrakte Metapher, die es *selbstverständlich* abzulehnen gilt. Jede Kritik an der konkreten Natur des Antisemitismus, des historischen Zusammenhangs von NS-Volksgemeinschaft und Vernichtung, des gegenwärtigen Antisemitismus in Form revisionistischer Mythen und des (islamischen) Antizionismus wird vermieden. Die FPÖ wurde in der Erklärung nicht einmal namentlich erwähnt. Statt dieser Kritik wird im Rahmen der *Erklärung* in fünf Punkten in unverbindlichen Worten allein die angebliche antifaschistische Gesinnung der „Stadt Hohenems“ präsentiert. Was die *Stadt Hohenems* tatsächlich darüber denkt, wurde nach der Landtagswahl ersichtlich, als die FPÖ in Hohenems einen Stimmenanteil von 37,98% erreichte. Ebenso blauäugig und deplaziert war das Lob für den ÖVP-Landeshauptmann Sausgruber. Dieser hatte nach den Äußerungen Eggers, die er als „antisemitisch interpretierbar“ (3) bezeichnete, einer weiteren Zusammenarbeit mit der FPÖ in der Landesregierung eine Abfuhr erteilt. Dass Sausgruber jedoch vorher ohne Probleme mit derselben rechtsextremistischen und antisemitischen Partei eine Koalition geschlossen hatte und mehrmals öffentlich bekundete, allein eine „Entschuldigung“ (4) als Bedingung zur Fortsetzung der Koalition zu verlangen, wurde schlicht ausgeblendet.

Ähnlich trist sind die Verhältnisse in Oberösterreich. Die FPÖ profilierte sich wie immer mit Hetze im Nazi-Stil gegen „Sozialschmarotzer“ und „Asylmissbraucher“. „Sozialschmarotzern den Garau machen“, mit Drogendealern und Asylbewerbern wolle man „abfahren“ (5). Mit solchen Aufrufen zur Gewalt ging auch hier die FPÖ erfolgreich auf Stimmenfang. Die ÖVP blieb dabei nicht im Abseits stehen. Auf ihren Wahlplakaten waren überlebensgroße Messer und vermeintliche Drogenspritzen mit Sprüchen wie „Angst vor Gewalt?“ oder „Neues Spielzeug für ihr Kind“ zu sehen. Kurz vor der Wahl versandte die ÖVP anonym Flugblätter mit Aussagen wie „SPÖ will Wahlrecht für alle Ausländer!“ und wies auf den niedrigen Ausländeranteil in Dobuschs Wohngegend hin (6). Die SPÖ hatte dem wenig mehr als billigen Populismus entgegenzusetzen. Die Kampagne der oberösterreichischen SPÖ gegen die schwarze „Paprika-Connection“, einem gewöhnlichen zweifelhaften Finanzdeal des oberösterreichischen Landesfinanzdirektors mit einem ungarischen Finanzdienstleister zeigte nicht die erhoffte Wirkung. Zuvor hatten sich bereits SPÖ und ÖVP mehrmals gegenseitig Verwicklung in

„Spekulationsgeschäfte“ vorgeworfen. Auch Erich Haiders *Integrations*-„Vertrag für Österreich“ oder Rudi Anschobers „Ja“ zur „klaren Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung“(7) konnten dem Wahlsieg von ÖVP und FPÖ nichts anhaben.

Letztlich erreichten in Vorarlberg eine nationalistische ÖVP (50,79%) und eine rechtsextremistische FPÖ (25,12%) zusammen über 75%. In vielen Gemeinden in Vorarlberg erreichte die FPÖ über 30%. In Oberösterreich gingen 46,76 % der Stimmen an ÖVP und 15,29% an die FPÖ. In Wels, der zweitgrößten Stadt in Oberösterreich, konnte sich der Bürgermeisterkandidat der SPÖ (53,5%), Peter Koits, nur knapp in der Stichwahl gegen den FPÖ-Kandidaten (46,5%), Bernhard Wieser, durchsetzen.(8) Kurz vor der Stichwahl war noch Bernhard Wiesers Unterstützung für die neonazistische NVP bekannt geworden. (9) Die SPÖ steht vor der paradoxen Situation, dass sie seit über einem Jahrzehnt im Verbund mit ÖVP und FPÖ die Demontage des Asylrechts betreibt, doch mangels aggressiver Rhetorik von der Bevölkerung nicht als fremdenfeindliche Law and Order-Partei wahrgenommen wird. Das Asylrecht stellt heute kaum mehr dar als eine ausufernde Sammlung von Richtlinien, um Asylbewerbern zur Hebung der Volksstimmung das Leben zur Hölle zu machen. Selbst Juristen und Beamte haben kaum mehr einen Einblick in die verwickelte Rechtslage. Den Volkszorn mag dies freilich nicht zu besänftigen und dementsprechend wird an diesem Kurs selbst entgegen bloßer ökonomischer Erfordernisse festgehalten. Die SPÖ setzt im Asyl- und Sicherheitsbereich eine menschenverachtende Politik um, aber enthält sich der Hetze. Die ÖVP setzt diese Politik mit um, aber verwendet je nach Bedarf Demagogie und Mäßigung. Die FPÖ, eine moderne rechtsextremistische, antisemitische Massenpartei, die von rund 25% der österreichischen Bevölkerung gewählt wird, hetzt gegen alle und fährt einen Wahlerfolg nach dem anderen ein. Sozialpatriotischer Populismus, nationalistischer Populismus, rechtsextremistischer Populismus - das ist die österreichische Parteienlandschaft. „Die FPÖ wurde nie [...] konsequent ausgegrenzt“(10), erklärte *Hans Rauscher* im Standard und dennoch wird diese an sich notwendige Ausgrenzung von der linken Zivilgesellschaft seit über einem Jahrzehnt unverdrossen eingefordert. Diese und andere Forderungen und Ermahnungen verbleiben unverbindlich, moralisch oder tangieren allein die formale (partei-)politische Ebene. Ausgeblendet wird die überwiegende mal offene mal klammheimliche Akzeptanz der FPÖ und deren Gedankengut in der Gesellschaft, die eben die geforderte Ausgrenzung verhindert. Die FPÖ lebt im österreichischen Gemütszustand wie ein Fisch im Wasser. Die Dynamik von Antisemitismus und Rassismus wird weniger von Zivilgesellschaft und Rechtsstaat gebremst, als von Kulturindustrie und vollen Kühlschränken.

Siehe Friends of Israel: Der „antifaschistische Grundkonsens“ in Österreich (11)

Anmerkungen:

(1) <http://derstandard.at/fs/1250691083272/Antisemitismus-Vorwuerfe-Vorarlbergs-FP-Obmann-Egger-denkt-nicht-an-Entschuldigung>

(2) <http://derstandard.at/1250691301352/Reaktion-Zivilisatorische-Grundlagen>

(3) <http://vorarlberg.orf.at/stories/384561/>

(4) <http://derstandard.at/fs/1250691083272/Antisemitismus-Vorwuerfe-Vorarlbergs-FP-Obmann-Egger-denkt-nicht-an-Entschuldigung>

(5) <http://derstandard.at/1253807829925/Altbekannte-Hetzparolen-zum-blauen-Wahlabschluss>

(6) <http://derstandard.at/1253596417894/Dirty-Campaigning-in-Linz-OeVP-attackiert-SPOe-Buergermeister-fuer-Haus-im-Nobelviertel>

(7) <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/landespolitik/wahl09/art36482.263010>

(8) <http://derstandard.at/1254311128636/Buergermeister-in-Wels-bleibt-rot>

(9) <http://kurier.at/nachrichten/1945089.php>

(10) <http://derstandard.at/1250691223181/Exil-Juden-und-Heim-Nazis>

(11) <http://www.keepandshare.com/doc/view.php?id=1216941&dn=y>